

Männlich, deutsch, jung sucht ...

Arbeitskräftefluktuation. Hartz IV, Globalisierung und Internet-Zeitalter – die Arbeitswelt dreht sich immer schneller. Und so könnte man meinen, die Menschen würden auch häufiger ihren Arbeitsplatz wechseln. Tatsächlich aber ist die Dauer der Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland seit vielen Jahren im Schnitt mehr oder weniger konstant. Allerdings ist die berufliche Mobilität unterschiedlich stark ausgeprägt. 

Es klingt nach viel: Die Fluktuationsrate der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland lag im vergangenen Jahrzehnt zwischen 25 und 30 Prozent. Das heißt, statistisch betrachtet werden die Arbeitsplätze hierzulande innerhalb von 40 bis 48 Monaten einmal neu besetzt (Grafik).

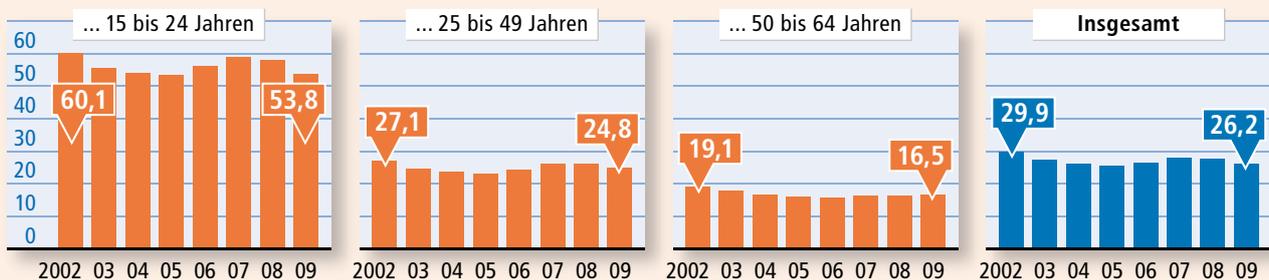
Doch so dramatisch, wie es zunächst scheinen mag, ist diese „Umschlaggeschwindigkeit“ gar nicht. Denn auch in den Jahrzehnten zuvor hat sich die Mobilität auf dem Arbeitsmarkt in dieser Größenordnung bewegt. Dabei folgt die Fluktuation einem einfachen Muster: Im wirtschaftlichen Aufschwung nimmt sie

leicht zu, im Abschwung nimmt sie hingegen ab.

Trotzdem ist seit 2005, als die Arbeitsmarktreformen im Rahmen der Agenda 2010 griffen, einiges anders geworden. So hat sich die Relation von neu begonnenen zu beendeten Beschäftigungsverhältnissen günstiger entwickelt – die Menschen kommen also schneller in einen neuen Job. Von diesem Trend konnten insbesondere Arbeitnehmer jenseits der 50 profitieren. Das ist vor allem deshalb erfreulich, weil genau diese Altersgruppe aufgrund der Anhebung des Rentenalters →

Jüngere Arbeitnehmer wechseln häufiger

Fluktuationsrate der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Alter von ..., in Prozent



Fluktuationsrate: Das Ausmaß der Arbeitsmarktmobilität misst man üblicherweise anhand der Arbeitskräftefluktuationsrate. Diese ist die Relation der Summe aus den beendeten und neu begonnenen Beschäftigungsverhältnissen zur doppelten Anzahl der bestehenden Beschäftigungsverhältnisse; Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 49

Inhalt

Kreditausfallversicherungen. Im Zuge der Eurokrise hat sich das Risiko stark erhöht, dass diese Versicherungen für Staatsanleihen in Anspruch genommen werden müssen. Seite 3

Euroländer. Besonders Griechenland und Portugal ist es nicht gelungen, die finanziellen Vorteile der Euro-Einführung nachhaltig zu nutzen. Seite 4-5

Arbeitsmarkt. Die Akademiker verdienen überdurchschnittlich gut und haben besonders sichere Arbeitsplätze. Seite 6-7

Materialverbrauch. Die deutschen Unternehmen tun bereits viel, um mit teuren Rohstoffen sorgsam umzugehen. Seite 8

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln



→ länger auf dem Arbeitsmarkt bleiben und mobiler werden muss, um beim späteren Erhalt des Rentenbescheids keine unangenehme Überraschung zu erleben.

Hinter der gesamtwirtschaftlichen Fluktuationsrate verbergen sich mit Blick auf einzelne Beschäftigten-gruppen typische Muster:

- **Jüngere wechseln häufiger.** Während 15- bis 24-Jährige rechnerisch alle zwei Jahre einen neuen Job an-treten, tut dies die Generation 50plus nur alle sechs Jahre.

Ersteres ist allerdings wenig über-raschend: Die meisten Jugendlichen – egal, ob mit oder ohne Ausbil-dungsabschluss – steigen schließlich irgendwann erstmals in den regu-lären Arbeitsmarkt ein (Grafik):

Im Jahr 2009 war knapp jeder fünfte 15- bis 24-Jährige innerhalb der vergangenen zwölf Monate zum ersten Mal erwerbstätig geworden.

Knapp jeder siebte Jugendliche war aus einem bestehenden oder auslaufenden Arbeitsverhältnis aus-geschieden und zu einem anderen Unternehmen gewechselt, und jeder 14. war nach der Ausbildung vom

Betrieb übernommen worden. Ins-gesamt macht sich hier bemerkbar, dass Berufseinsteiger den für sie optimalen Job und Arbeitgeber erst noch finden müssen.

Das ist bei den älteren Arbeit-nehmern anders. So haben sich neun von zehn der über 50-Jährigen zwi-schen 2008 und 2009 beruflich nicht verändert.

- **Qualifizierte wechseln häufiger.** Absolventen einer Universität wech-seln knapp ein Drittel häufiger den Arbeitsplatz als Arbeitnehmer mit einer abgeschlossenen Berufsausbil-dung. Ein Grund hierfür: Beschäf-tigte mit einer Lehre erwerben in größerem Umfang betriebsspezi-fische Kenntnisse und Fertigkeiten als Akademiker, deren Fähigkeiten sich leichter von einem Unterneh-men zum anderen übertragen lassen.

Darüber hinaus ist es für Hoch-qualifizierte auch finanziell häufig von Vorteil, zu einem anderen Ar-beitgeber zu gehen: Akademiker können gegenüber anderen Beschäf-tigtengruppen oft höhere Lohnzu-wächse bei einem Betriebswechsel erzielen.

- **Ehemals Arbeitslose wechseln häu-figer.** Wer während seines Berufsle-bens längere Phasen der Erwerbslo-sigkeit hatte, verlässt seinen Chef häufiger als Arbeitnehmer, die noch nie arbeitslos gemeldet waren. Nur bei den 55- bis 64-jährigen Ar-beitnehmern lässt sich dieser Zusam-menhang nicht feststellen.

- **Frauen wechseln seltener.** Ihre Nei-gung, sich beruflich zu verändern, ist ein Zehntel geringer als die der Män-ner. Über die Gründe dafür lässt sich nur spekulieren. Frauen ist mögli-cherweise ein gutes soziales Umfeld oft wichtiger als andere Arbeitsbe-dingungen wie das Entgelt.

- **Migranten wechseln seltener.** Ihre Wechselwahrscheinlichkeit ist ein Fünftel niedriger als die der einhei-mischen Erwerbstätigen.

- **Beschäftigte in großen Firmen wechseln seltener.** Dies hat zwei Ur-sachen: Zum einen zahlen größere Unternehmen tendenziell höhere Löhne, zum anderen bieten sie mehr Aufstiegs- und Alternativpositionen als kleinere Betriebe.

- **Zufriedene Mitarbeiter wechseln seltener.** Angesichts der Tatsache, dass in Zukunft der Anteil älterer Belegschaftsangehöriger steigt, sollten die Personalverantwortlichen ihr Augenmerk verstärkt darauf richten, welche Bedürfnisse und An-forderungen in dieser Altersklasse bestehen. Denn wenn die Älteren abwandern, geht den Firmen auch deren umfangreiche betriebliche Er-fahrung verloren.

Treue Arbeitnehmer

So viel Prozent der im Jahr 2009 Erwerbstätigen im Alter von ...

	... 15 bis 24 Jahren	... 25 bis 49 Jahren	... 50 bis 64 Jahren	Insgesamt
haben sich seit 2008 beruflich nicht verändert	55,4	77,8	90,2	78,7
haben seit 2008 den Betrieb gewechselt	14,2	9,5	2,9	8,2
sind seit 2008 wieder erwerbstätig geworden	5,1	6,9	4,4	6,0
sind seit 2008 erstmals erwerbstätig	18,0	1,3	0,0	2,8
haben seit 2008 ihre Stelle innerhalb des Betriebs gewechselt	0,3	2,4	1,1	1,8
haben sich seit 2008 selbstständig gemacht	0,1	1,8	1,2	1,4
sind seit 2008 vom Betrieb übernommen worden	6,9	0,4	0,2	1,0

Rundungsdifferenzen; Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel



aus IW-Trends
4/2011

Oliver Stettes: Mobilität der Arbeitskräfte – gesamtwirtschaftliche Evidenz und individuelle Einflussfaktoren

www.iwkoeln.de/trends

Das Risiko steigt

Kreditausfallversicherungen. Die Finanzbranche hat in den vergangenen Jahren verstärkt Versicherungen verkauft, mit denen sich Gläubiger gegen einen Zahlungsausfall wappnen. Im Zuge der Eurokrise hat sich nun das Risiko stark erhöht, dass diese Versicherungen für Staatsanleihen tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Kreditausfallversicherungen boomen (Kasten): Mitte 2011 waren Kredite über rund 860 Milliarden Dollar – in Form von Staats- und Bankanleihen aus Griechenland, Spanien, Italien und Belgien – bei europäischen Banken versichert.

Deutsche Finanzinstitute bürgen für fast 27 Prozent dieser Kreditausfallversicherungen.

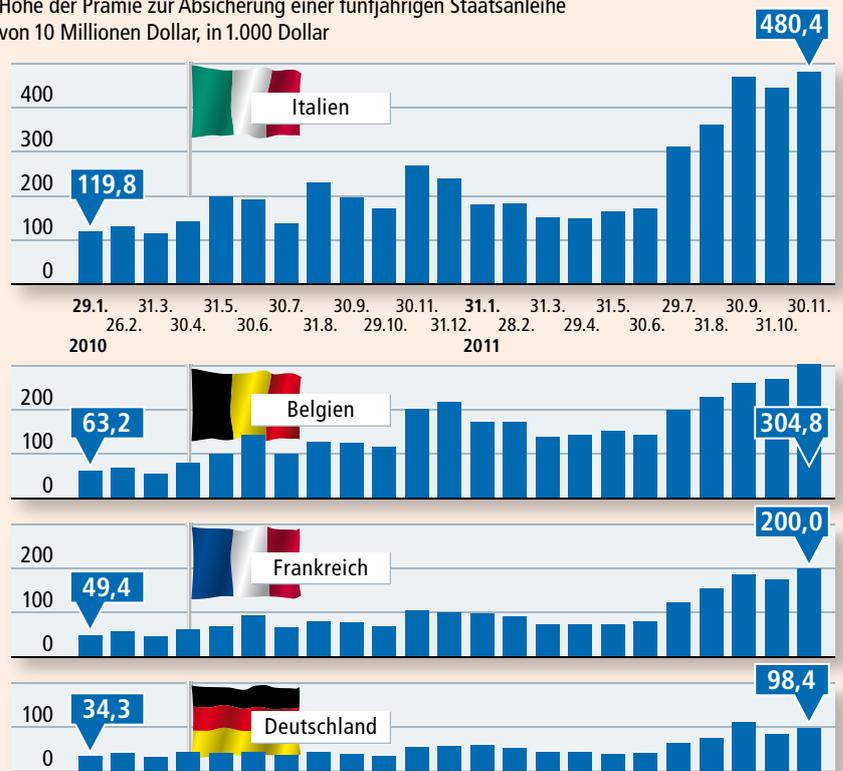
Laut Depository Trust & Clearing Corporation finden weltweit 74 Prozent des Handels mit diesen Versicherungen zwischen 20 Banken statt – die Finanzinstitute versichern sich also gegenseitig vor dem Kreditausfall. In der Regel müssen sie nur in Ausnahmefällen zahlen, schließlich werden Banken oder Staaten selten zahlungsunfähig. Durch die Schuldenkrise ist das Risiko eines solchen Falls allerdings gestiegen.

Kreditausfallversicherung

Mit einer Kreditausfallversicherung kann sich ein Gläubiger davor schützen, dass sein Schuldner zahlungsunfähig wird und das geliehene Geld nicht zurückerhalten kann. Anbieter dieser Credit Default Swaps (CDS) kalkulieren die Höhe der Versicherungsprämie mit Blick auf die Wahrscheinlichkeit, dass der Versicherungsfall tatsächlich eintritt.

Kreditausfallversicherungen: Überall teurer

Höhe der Prämie zur Absicherung einer fünfjährigen Staatsanleihe von 10 Millionen Dollar, in 1.000 Dollar



Quelle: Bloomberg

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - nord 49

Das Problem: Die Märkte haben erst in jüngster Zeit auf das tatsächliche Ausfallrisiko reagiert – der Preis für CDS war lange zu niedrig und ist erst jetzt deutlich gestiegen. Dies gilt auch für die Prämien, die zur Absicherung deutscher Staatsanleihen zu zahlen sind (Grafik):

Ende November 2011 war es fast dreimal so teuer, sich gegen einen Zahlungsausfall Deutschlands zu versichern als Anfang 2010.

Käme es zu einer Staatspleite, würde das zu horrenden Kosten für die Anbieter der Kreditausfallversicherungen führen. Denn ältere Kredite haben sie ja noch zu deutlich günstigeren Bedingungen versichert.

Entsprechend ist es nachvollziehbar, dass sich die Finanzhäuser im

Falle Griechenlands mit der Politik darauf verständigt haben, auf einen Teil ihrer Forderungen zu verzichten. Denn für den Fall eines sogenannten Schuldenschnitts können sie darauf hoffen, dass die Kreditausfallversicherungen gar nicht in Anspruch genommen werden dürfen – darüber entscheidet die International Swaps and Derivatives Association, die sich aus Vertretern von Banken und Finanzinvestoren zusammensetzt.

Letztlich ist folgendes Szenario denkbar: Würden alle Krisenstaaten durch freiwillige Gläubigerverzichte gerettet, müssten die Versicherer keine Ausgleichszahlungen leisten. Ihnen blieben allerdings die Verluste, die der Schuldenschnitt im eigenen Portfolio verursachen würde.

Chancen nicht genutzt

Euroländer. Dank der Einführung des Euro konnten die südlichen Mitgliedsstaaten der Währungsunion ihre Zinszahlungen deutlich verringern. Besonders Griechenland und Portugal gelang es jedoch nicht, diesen Vertrauensvorschuss der internationalen Finanzmärkte nachhaltig zu nutzen. 

Die Regierungen der Euroländer suchen derzeit fieberhaft nach Auswegen aus der Eurokrise. Dabei sollten sie allerdings nicht außer Acht lassen, wie die einzelnen Staaten so stark in finanzielle Schieflage geraten konnten.

Ein wichtiger Anhaltspunkt bei der Ursachenanalyse ist die Entwicklung der Leistungsbilanz. Ihr Saldo rutschte in den Euro-Krisenstaaten in den vergangenen Jahren tief ins Minus (Grafik):

Griechenland, Portugal und Spanien verzeichneten ab 2006 Leistungsbilanzdefizite von teilweise weit über 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Defizite dieser Größenordnung stellen zwar nicht zwangsläufig ein Problem dar (Kasten). Doch die

Euro-Südländer haben es größtenteils versäumt, die mit der negativen Leistungsbilanz einhergegangenen Kapitalimporte sinnvoll einzusetzen.

Dabei hatte die Einführung des Euro diesen Staaten eigentlich eine große Chance geboten. Schon die Ankündigung der neuen Währung ließ die risikobedingten Zinsaufschläge kräftig sinken, die die Südländer – verglichen mit Deutschland – auf Staatsanleihen mit langer Laufzeit zahlen mussten.

So waren die langfristigen Zinsen in Griechenland im Jahr 1995 noch um 10 Prozentpunkte höher als in Deutschland; in Portugal und Spanien betrug der Abstand immerhin 4 bis 5 Punkte. Bis zum Jahr 2000 waren die Risikoprämien der drei Länder auf weniger als 1 Prozent-

punkt geschrumpft, später sogar auf weniger als einen halben Punkt.

Damit verringerten sich die Zinslasten erheblich (Grafik Seite 5):

Der griechische Staat etwa musste 2005 nur noch 4,7 Prozent des BIP für Zinszahlungen aufwenden – gegenüber mehr als 11 Prozent Mitte der 1990er Jahre.

Die Griechen und auch die Portugiesen nutzten den dadurch vergrößerten finanziellen Spielraum jedoch nicht aus. So stiegen die staatlichen Bruttoinvestitionen in beiden Ländern seit Mitte der 1990er Jahre kaum an oder gingen sogar zurück – fast durchgehend investierten die zwei Staaten weniger als 4 Prozent der Wirtschaftsleistung, um beispielsweise die Verkehrsinfrastruktur zu verbessern oder Bildungseinrichtungen zu modernisieren.

Stattdessen wurden die Sozialausgaben zum Teil massiv ausgeweitet – in Griechenland etwa von 19 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im

Leistungsbilanz: Südländer tief im Minus

Leistungsbilanzsalden in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Jahr 1995 auf mehr als 25 Prozent 2007. In Portugal stieg die Sozialausgabenquote ähnlich stark an. Beide Länder trieben damit bereits vor der jüngsten Krisen-Zuspitzung die gesamten Staatsausgaben in die Höhe und hatten mit Haushaltslöchern

Die Leistungsbilanz

Die Leistungsbilanz bildet die internationalen Handels- und Einkommensströme eines Landes ab. Ihre vier Teilbilanzen erfassen die Importe und Exporte von Waren, die Importe und Exporte von Dienstleistungen, die grenzüberschreitenden Arbeits- und Vermögenseinkommen sowie Übertragungen wie z. B. Beiträge an internationale Organisationen.

Der Saldo der Leistungsbilanz spielt eine wichtige Rolle bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Stärke eines Staates. Ein Defizit in der Leistungsbilanz und der damit einhergehende Zufluss von ausländischem Kapital ist zwar nicht per se negativ, wenn etwa ein Land das ausländische Kapital nutzt, um zusätzliche Investitionen zu finanzieren und so das Wachstum zu fördern. Geschieht dies jedoch nicht und kommt ein Budgetdefizit hinzu, drohen Probleme. Denn wenn sich ein Staat zur Finanzierung seiner Ausgaben im Ausland verschulden muss, ist er auf das Vertrauen der ausländischen Kapitalgeber angewiesen. Zweifeln sie die Kreditwürdigkeit des Landes an und ziehen ihr Geld ab, kann das die Staatsfinanzen und letztlich die gesamte Wirtschaft in die Krise treiben.

und steigenden Staatsschulden zu kämpfen.

Besser machte es Spanien, wo die staatlichen Zinsausgaben ebenfalls seit Mitte der 1990er Jahre kräftig zurückgegangen waren. Zwar kurbelte auch der spanische Staat seine Investitionen nur wenig an, ließ aber die Sozialausgaben nicht aus dem Ruder laufen. Bis 2001 konnten die Iberer die Quote sogar leicht senken. Da das Land auch beim staatlichen Personal eher auf Sparkurs ging, verringerten sich die Staatsausgaben insgesamt von 44,5 Prozent im Jahr 1995 auf 38,4 Prozent im Jahr 2006.

Zuletzt ließ die globale Wirtschafts- und Finanzkrise die Staatsquote zwar wieder ansteigen. Doch Spanien profitiert nun davon, dass es zuvor gut gehaushaltet hatte. In den Jahren 2006 und 2007 konnte Madrid sogar einen Budgetüberschuss von etwa 2 Prozent des BIP verbuchen und die Staatsschulden von mehr als 60 Prozent Ende der 1990er Jahre auf 36 Prozent im Jahr 2007 senken. Angesichts dieses recht soliden Fundaments könnte Spanien – anders als die anderen Euro-Südländer – die aktuelle Schuldenkrise aus eigener Kraft bewältigen.

Südliche Euroländer: Zinsen runter, Sozialausgaben rauf

Staatsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

■ Zinszahlungen ■ Sozialausgaben ■ Staatsausgaben insgesamt



Quelle: EU-Kommission

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 49

Lernprogramm für Produktstandards

Wie kleine und mittlere Unternehmen durch elektronische Geschäftsprozesse ihre Arbeitsabläufe verbessern können – dabei hilft die Initiative „Prozesse und Standards“ (PROZEUS). Die wichtigsten Fragen zum Thema beantworten nun auch fünf interaktive PROZEUS-Lernmodule. Die Module bestehen jeweils aus einem kurzen Film und einem interaktiven Spiel, mit dem der User das Gelernte wiederholen kann. Erklärt werden die Schritte von der elektronischen Identifikation und Klassifikation von Waren und Dienstleistungen bis hin zur konkreten Definition von Prozessabläufen. Anhand eines Praxisbeispiels werden die E-Business-Standards vorgestellt und ihr Nutzen für die Anwender verdeutlicht.

Die Lernmodule ergänzen die in Printform erhältlichen PROZEUS-Informationen, die u. a. eine Broschüre, einen Leitfaden und ein Merkblatt umfassen, sowie elektronische Angebote wie das PROZEUS-Wiki, die Praxisbericht-Datenbank und die Mediathek.

Weitere Informationen: www.prozeus.de



IW-Analysen Nr. 74

Berthold Busch, Michael Grömling, Jürgen Matthes: Ungleichgewichte in der Eurozone – Ursachenanalyse und wirtschaftspolitische Empfehlungen, Köln 2011, 114 Seiten, 19,90 Euro.
Versandkostenfreie Bestellung unter:
www.iwmedien.de/Bookshop

MINT gewinnt

Arbeitsmarkt. Ob Verdienst, Arbeitsplatzsicherheit oder Zufriedenheit mit der Studienfachwahl: Akademiker der MINT-Fachrichtungen – also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – gehören zu den Gewinnern des Arbeitsmarkts. 

Im Oktober 2011 gab es bundesweit knapp 240.000 freie Stellen für MINT-Akademiker, Meister und Techniker. Zeitgleich waren nur 73.566 entsprechende Fachkräfte arbeitslos gemeldet. Im Vergleich zum Jahr 2000 ist die MINT-Arbeitslosigkeit damit um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Und wer keinen Job hat, findet meist schnell wieder einen:

Zwischen 70 und 80 Prozent aller Arbeitslosen aus dem MINT-Bereich stehen spätestens nach einem Jahr wieder in Lohn und Brot.

Die Zahl der erwerbstätigen MINT-Akademiker in Deutschland ist kontinuierlich gestiegen (Grafik). Sogar im Krisenjahr 2009 kletterte die Beschäftigtenzahl gegenüber 2008 um 61.500 Personen. Die hoch-

qualifizierten Arbeitskräfte sind dabei nicht nur in der Industrie immer begehrt. Selbst Banken und Versicherungen bauen zunehmend auf das Know-how der MINTler.

Eine besondere Bedeutung haben die MINT-Akademiker für innovative Branchen. In der Forschung, im Maschinen- und im Fahrzeugbau sowie in der chemischen Industrie haben zwischen 60 und 80 Prozent der Beschäftigten einen MINT-Abschluss. Und auch die Aussichten sind rosig: Die MINT-Akademiker werden von vielen Trends profitieren, etwa der Energiewende und dem Vormarsch der Elektromobilität. Zudem sollen die EU-Staaten bis 2020 im Schnitt mindestens 3 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung stecken –

also genau in jene Bereiche, in denen die meisten MINTler zu Hause sind.

Somit ist es wenig verwunderlich, dass frischgebackene Absolventen dieser Studiengänge kaum lange nach einem Arbeitsplatz suchen müssen. Selbst im Krisenjahr 2009 hatten sie im Schnitt nach knapp drei Monaten einen Vertrag in der Tasche. Andere Neu-Akademiker suchten knapp fünf Monate. MINT-Akademiker sind zudem in der Regel unbefristet beschäftigt, nur ein Zehntel arbeitet erst mal auf Zeit.

Nicht zuletzt verschafft auch die Demografie den klugen Köpfen Jobs. Aktuell müssen mehr als 45.000 Stellen jährlich neu besetzt werden, weil MINTler sich in den Ruhestand verabschieden; schon in wenigen Jahren dürften es rund 53.000 Posten sein.

Das mittlerweile altbekannte Problem dabei: Es rücken nicht genug Hochqualifizierte nach. Der an deutschen Hochschulen ausgebildete Nachwuchs reicht vermutlich nicht, auch da laut OECD drei von vier ausländischen Studenten Deutschland spätestens nach dem Examen wieder verlassen. Die Unternehmen setzen daher zunehmend auf die älteren Fachkräfte:

Die Erwerbstätigenquote der MINT-Akademiker im Alter von 55 bis 59 Jahren stieg von gut 81 Prozent im Jahr 2005 auf 84 Prozent im Jahr 2009; die der 60- bis 64-Jährigen sogar von 49 auf fast 58 Prozent.

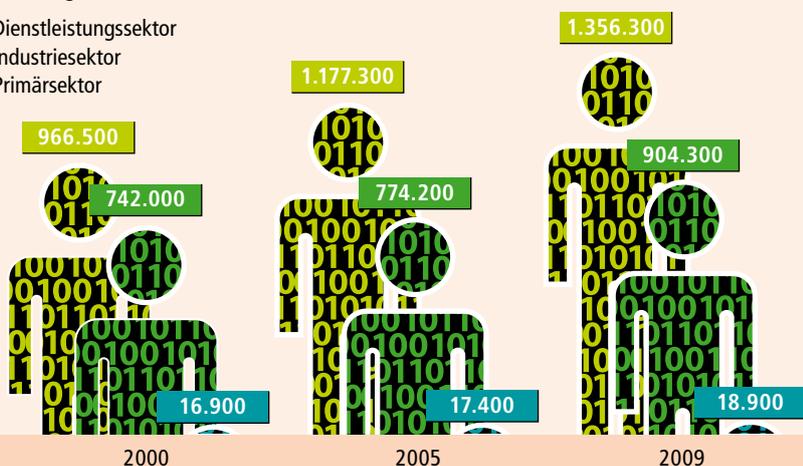
Rechnerisch wurde so rund ein Viertel der zwischen 2005 und 2009 neu dazugekommenen MINT-Jobs von älteren Beschäftigten besetzt.

Mit ihrem Erfahrungsmix aus Technik und Wirtschaft punkten

MINT-Beschäftigung: Stetes Wachstum

Erwerbstätige MINT-Akademiker nach Sektoren

- Dienstleistungssektor
- Industriesektor
- Primärsektor



MINT-Akademiker: Mathematiker, Informatiker, Techniker und Naturwissenschaftler;
 Primärsektor: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht, Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden
 Ursprungsdaten: Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 | iw Medien | iwd 49

MINTler nicht zuletzt auch in den oberen Unternehmensetagen. Im Jahr 2009 hatten 42 Prozent der MINT-Akademiker eine leitende Position inne, bei den restlichen Akademikern trifft dies lediglich auf 35 Prozent zu. Nahezu sämtliche Chefs in Maschinenbaubetrieben haben ein Ingenieurstudium absolviert. Und rund 40 Prozent der Vorstandsvorsitzenden der DAX-Unternehmen haben Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften oder Technik studiert.

MINTler sind also nicht nur im Labor, sondern auch auf dem Chefessel gefragt – und in Lehrberufen, etwa als Maschinenbau- oder Physikprofessoren. Das ist der Grund, warum der Bedarf an MINTlern weit über den hinaus geht, den einfache Arbeitsmarktstatistiken ausweisen. Diese berücksichtigen oft nur die klassischen MINT-Berufe.

Dass eine derart eingegrenzte Betrachtung des Bedarfs nicht reicht, zeigt auch der Fakt, dass MINT-Akademiker in Nicht-MINT-Berufen sogar noch besser als in ihren klassischen Jobs verdienen. Die hohe berufliche Flexibilität der MINTler ist keine Folge eines Überangebots, sondern sie entsteht durch eine hohe Nachfrage nach technischen Kompetenzen in verschiedenen Bereichen des Arbeitsmarkts.

Die MINTler zählen ohnehin schon länger zu den Besserverdienern. Bei den durchschnittlichen

Bruttojahresgehältern finden sich die technischen MINT-Qualifikationen geschlossen in der Spitzengruppe. Selbst MINTler mit einem Fachhochschulabschluss verdienen bereits beim Berufsstart mehr als der Durchschnittsabsolvent einer Universität.

Die Löhne der begehrten Akademiker haben zudem auf längere Sicht ordentlich zugelegt. Im Jahr 1993 war das Bruttojahresgehalt eines vollzeiterwerbstätigen Ingenieurs am Beginn seiner Laufbahn noch 9 Prozent niedriger als das eines vergleichbaren Wirtschaftswissenschaftlers – im Jahr 2009 aber hatte der Ingenieur 12 Prozent mehr auf dem Konto als der VWLer oder BWLer. Genau dies zeigt, wie begehrt die MINTler mittlerweile sind.

Fragt man die Betroffenen selbst, zeigen sie sich recht optimistisch, was ihre Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt angeht. Selbst 2009 schätzten MINT-Absolventen ihre Beschäftigungssicherheit deutlich höher ein als andere Akademiker.

Positiv fällt somit auch die rückblickende Bewertung der Studienfachwahl aus (Grafik). Vier von fünf Maschinenbau- und Verfahrenstechnikingenieuren würden sich bei einer erneuten Studienfachwahl wieder genauso entscheiden. Das ist unter allen Fächern der Spitzenwert.

Sechs der acht Fachrichtungen mit den zufriedensten Studenten gehören zum MINT-Bereich.

Zwar liegen Mediziner beim Einkommen noch vor den MINTlern; bereinigt um Faktoren wie Arbeitsbelastung, Abwechslungsreichtum der Tätigkeit und Vereinbarkeit von Beruf und Familie reicht es im Urteil der Absolventen jedoch nur zu einem Platz hinter den meisten MINT-Fachrichtungen.

MINT-Studium: Viele würden es wieder tun

So viel Prozent der Studenten des Absolventenjahrgangs 2009 würden ihr Fach wieder wählen



MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik; Befragung von 10.173 Uni-Absolventen im Jahr 2010/11

Quelle: Hochschulinformationssystem

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 49



**MINT-Report
2011**

Christina Anger, Oliver Koppel,
Axel Plünnecke: MINT-Report 2011 –
Zehn gute Gründe für ein MINT-Studium
Download unter:
www.iwkoeln.de/studien

Effizienz zählt

Materialverbrauch. Rohstoffe werden immer teurer, die Beschaffung ist auch nicht immer gesichert – das setzt Unternehmen unter Druck, sorgsam mit Material umzugehen. Eine aktuelle Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt, was Betriebe schon jetzt dafür tun.

Rund 43 Prozent der Kosten im Produzierenden Gewerbe gingen 2009 auf das Konto des Materialverbrauchs. Manche Branchen könnten hier noch erheblich sparen – nach Expertenschätzung bis zu 20 Prozent. Ein bedeutender Weg, die Kassen zu schonen, ist der effizientere Einsatz von Material. Darauf müssen die Firmen schon deshalb Wert legen, weil Deutschland ein rohstoffarmes Land ist und viele Ressourcen importieren muss. Und das ist besonders bei einigen Metallen und Mineralien ein zunehmend schwieriges Unterfangen. Denn sie werden in nur wenigen Ländern gefördert – die

dementsprechend auch hohe Preise fordern können.

Umso entscheidender ist es für hiesige Unternehmen, mit den wenigen heimischen und den teuer im Ausland gekauften Rohstoffen sorgsam umzugehen. Eine Möglichkeit ist die Kaskadennutzung – das heißt, die Firmen verwenden Materialien auf möglichst vielen Wertschöpfungsebenen erneut. So lassen sich ausrangierte Möbel zu Spanplatten für die Bauindustrie weiterverarbeiten. Ausgediente Bauspanplatten können wiederum recycelt oder in Kraftwerken zur Strom- und Wärmeerzeugung genutzt werden.

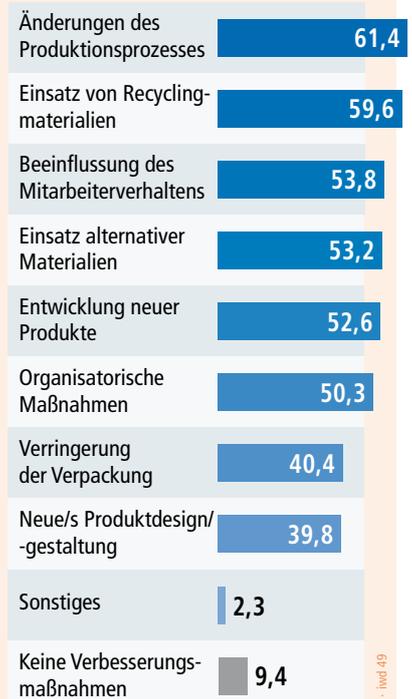
Eine aktuelle Befragung des IW-Umweltexpertenpanels zeigt, dass der effiziente Umgang mit Material für die meisten Industriefirmen eine große Rolle spielt. Nur ein Zehntel, viele davon aus Dienstleistungsbranchen, hat bisher keine Maßnahmen ergriffen (Grafik):

Gut 61 Prozent der Unternehmen verbessern den Materialeinsatz, indem sie die Produktionsprozesse optimieren.

So lässt sich in der Metallverarbeitung mittels präziser arbeitender Werkzeuge der Verschleiß verringern und somit der Ausschuss reduzieren. Fast genauso wichtig ist den Betrieben das Recycling – denn Material, das bereits einmal verwendet wurde,

Materialeinsatz: Wie Unternehmen sparen

in Prozent



Mehrfachnennungen; Befragung von 172 Umweltexperten aus der Wirtschaft im September 2011; Quelle: IW-Umweltexpertenpanel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW-Medien - Iwd 49

ist günstiger im Einkauf und häufig auch zu geringeren Kosten zu verarbeiten. Dies gilt nicht nur für Eisen oder Aluminium, sondern auch für Kunststoffe, Baumaterialien und für Wasser, das im Unternehmen selbst gereinigt und wiederverwertet wird. Gerade für die chemische Industrie sind solche Lösungen relevant.

Mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen bindet aber auch ihre Mitarbeiter ein, wenn es um das Thema Materialeffizienz geht – beispielsweise über Schulungen oder mithilfe eines Ideenmanagements.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich),
Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann,
Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwd wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iw.köln.wissen
SCHAFFT KOMPETENZ.